

CGSP - AZÖD

FGTB ÖFFENTLICHER DIENST

Gemeinsam stark



IM WIDERSTAND



SECTEURS P. 18 à 39



LEITARTIKEL S. 3
Stolz auf unseren
öffentlichen Dienst!



AKTIONSPLAN S. 4
Jetzt erst recht!
Arizona schlagen, solange wir
in Fahrt sind!



DOSSIER S. 8
Die Wahrheit über die
Angriffe auf unsere
öffentlichen Dienste

SOMMAIRE ■■■

- 3 LEITARTIKE**
Stolz auf unseren öffentlichen Dienst!
- 4 AKTIONSPLAN**
Jetzt erst recht:
Arizona schlagen, solange wir in fahrt sind!
- 8 DOSSIER**
Die Wahrheit über die Angriffe auf
unsere Beamtenpensionen
- 12 STAATSVerschULDUNG:**
Die (fetten) Lügen der rechten Parteien
- 14 UNSERE RECHTE**
Tag der Delegierten und der gewerkschaftlichen
Freiheiten
- 15 UNSERE MEDIEN**
Tag der Delegierten

IN UNSEREN REGIONEN

WELKENRAEDT

EINRICHTUNG DER SEKTORENÜBERGREIFENDEN REGIONALE AZÖD OSTBELGIEN

Mit großer Freude geben wir die Einrichtung einer neuen sektorenübergreifenden Regionalen, der AZÖD-Ostbelgien, bekannt. In Übereinstimmung mit den Kongressresolutionen vom 5. und 6. Mai 2022 haben die IRW-CGSP, die Maison des huit heures und die Sektoren der CGSP ihre Kräfte vereint, um in der Deutschsprachigen Gemeinschaft das Vorhaben der Einrichtung einer deutschsprachigen sektorenübergreifenden Regionalen umzusetzen.

Die IRW-CGSP hat demnach beschlossen, eine sektorenübergreifende Regionale rein deutscher Sprache einzurichten, um auf die Bedürfnisse der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingehen zu können. Einzigartig in der belgischen Gewerkschaftslandschaft ist sie der Garant für einen echten und vollwertigen gewerkschaftlichen Gegenmacht.



Laurie Van Isacker, intersektorielle Regionalsekretärin und
Philippe Demonty, intersektorieller Verwaltungsassistent
CGSP-AZÖD Ostbelgien.

CGSP - AZÖD
FGTB ÖFFENTLICHER DIENST
Gemeinsam stark

STOLZ AUF UNSEREN ÖFFENTLICHEN DIENST!



Wir sind stolz auf unseren öffentlichen Dienst! Stolz darauf, der sich ausdehnenden Wüstenlandschaft Widerstand entgegenzubringen. Solidarität: 1 Arizona: 0! Ja, wir können stolz sein auf das, was in Bewegung gesetzt wird und das, was erreicht wird. Nach einer Demonstration von historischem Ausmaß, mit mehr als 160.000 Teilnehmenden am 14. Oktober, hat der Novemberruf Tausende von Menschen auf die Straßen gebracht, um gegen Gewalt gegenüber Frauen zu protestieren, um Streikposten im ganzen Land organisiert, um sich gegen Angriffe auf unseren öffentlichen Dienst zu wehren, oder auch, um Widerstand gegen den Abbau unserer Renten und unserer Sozialversicherung zu leisten.



Während die drohende Sparpolitik dem öffentlichen Dienst einmal mehr schreckliche Rückschläge zufügt, hat die CGSP geschlossen geantwortet. Die Wut ist groß: Sie hat zur Folge, dass sich eine seit Jahren beispiellose gemeinsame Front gebildet hat. Die drei Gewerkschaftsorganisationen des Landes gemeinsam auf den Barrikaden: die Einheit der Arbeiterbewegung ist in Bewegung gekommen.

Liebe Kameraden, einmal mehr hat unsere CGSP ihre Verantwortung übernommen, um den Angriffen, denen alle Arbeitnehmer und Sozialhilfeempfänger ausgesetzt sind, die Stirn zu bieten. Wir können stolz darauf sein, diese Widerstandsbewegung ins Leben gerufen zu haben. Wir stehen an der Spitze eines Kampfes für die Gleichberechtigung. Jeder von uns ist ein Glied in einer Kette, die mit jedem Schlag stärker wird. Die Entschlossenheit konnte man in den Augen jedes einzelnen Mitglieds ablesen, das wir an Streikposten oder an einer Feuerstelle antrafen. Aber auch Solidarität in der Mobilisierung ist uns sicher.

Nichtsdestotrotz hat die Regierung, wie schon nach dem 14. Oktober, beschlossen, diese Mobilisierung und diese Wut zu ignorieren. Schlimmer noch, am ersten Streiktag, dem 23. November, als der gesamte öffentliche Nahverkehr bestreikt wurde, hielt sie es für angebracht, ein neues Abkommen zu verabschieden, das vollständig auf Kosten der Arbeitnehmer geht. Es belastet sie mit Indexsprüngen sowie höheren Mehrwertsteuersätzen und Verbrauchsteuern. Dies ist mehr als eine Provokation, es ist schlimmer noch als Verachtung. Geringschätzung kann keine politische Antwort sein. Sie ist vielmehr ein Zeichen für einen Paradigmenwechsel, um nicht zu sagen einen Regimewechsel, wie wir bei Albert Camus nachlesen können¹.

Die lauten Rufe des Volkes zu verachten, die Forderungen der Gewerkschaften zu ignorieren, den Appellen der Vereinigungen kein Gehör zu schenken, all dies versetzt diese Regierung in einen Zustand der Verleugnung. Sie hat beim Volk jegliche Glaubwürdigkeit verloren. Es ist heute offensichtlich, dass sie sich nur für die Wohlhabendsten einsetzt.

Dieses Regierungsabkommen, das Schnellschuss-Ergebnis nächtlicher Verhandlungen, kann unsere Mobilisierung nicht ausbremsen. Im Gegenteil, es muss unsere Entschlossenheit stärken, diese den Sozialstaat zerschlagenden Regierung zu bekämpfen. Sie soll wissen, dass wir nichts aufgeben werden! Dass wir jeden Zentimeter Boden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen werden. Und mit Nachdruck. Denn Austerität wird niemals ein gemeinsames Lebensprojekt sein. Mit Überzeugung. Denn wir wissen, wofür wir kämpfen: für den Aufbau einer Gesellschaft, in der jeder nach seinen Möglichkeiten etwas beiträgt und gemäß seinen Bedürfnissen etwas zurückerhält.

Wir wollen den öffentlichen Dienst, unseren gemeinsamen Reichtum, unsere soziale Absicherung, unseren kollektiven Beitrag festigen.

Ja, der Kampf wird wahrscheinlich langwierig sein. Und ja, er wird schwierig, hart und intensiv sein. Aber wir haben es bereits geschafft, diese Regierung in Bezug auf den Rentenmalus zum Einlenken zu bewegen. Vergessen wir nicht, dass derzeit noch nichts verabschiedet worden ist! Der Aktionsplan geht weiter. Die Feuerstellen werden nicht erlöschen, die Transparente werden nicht zusammengerollt, unsere Fahnen werden uns weiterhin auf dem Weg des Widerstands und der Beharrlichkeit begleiten.

Wir sind stolz auf unseren öffentlichen Dienst! Stolz auf unseren Widerstand!

PATRICK LEBRUN

Generalsekretär IRW-CGSP

VIOLAINE DENEYS

Generalsekretärin IRB-CGSP

1. Jede Form von Verachtung, wenn sie in der Politik auftritt, bereitet den Faschismus vor oder führt ihn ein.“ Albert Camus, Der Mensch in der Revolte.

JETZT ERST RECHT:

ARIZONA SCHLAGEN, SOLANGE WIR IN FAHRT SIND!

Wir hatten es versprochen: eine soziale Rückkehr nach der Sommerpause – und ein Herbst, der brennt! Wir haben unser Versprechen gehalten! Und das auch noch auf historische Weise. Die FGTB-Demonstration vom 14. Oktober hat zwischen 140.000 und 200.000 Menschen zusammengebracht, und vier aufeinanderfolgende Streiktage im November markieren einen Meilenstein in unserer Sozialgeschichte. Genau den Stein, der der Arizona-Regierung künftig im Schuh drücken wird und über den die liberalen Regierungen dieses Landes stolpern werden. Auf ihre soziale Abrissbirne antworten wir mit einer sozialen Mobilisierung, die geschlossener und entschlossener ist als je zuvor. Die vereinte gewerkschaftliche und breite soziale Front haben bereits bekräftigt, dass es keine Winterpause geben wird und dass – falls die Arizona-Regierung bis dahin nicht



gescheitert ist – Anfang 2026 neue Mobilisierungen folgen werden.

Was den Aktionsplan im Herbst 2025 prägt, ist die Geschlossenheit und die gemeinsame Ausrichtung eines solidarischen und vereinten sozialen Widerstands gegen die bewusst betriebene Verarmungspolitik der Regierung. Es ist eine Art Generationenpakt, der Junge, Studierende und Rentner auf dieselben Barrikaden bringt; der Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Männer und Frauen, Arbeiter, Angestellte und Beamte, Genossenschaftler und Kleinunternehmer Menschenrechtsaktivisten und Antifaschisten zusammenführt – Gewerkschafter natürlich sowieso, aber ebenso sensibilisierte Bürger und all jene, die es Tag für Tag ein Stück mehr werden. Menschen, denen bewusst ist, wie ernst die Lage ist und welch massiver Angriff auf sämtliche soziale Errungenschaften, die den Lebensstandard der Bevölkerung verbessert haben, hier gerade stattfindet.

7. SEPTEMBER: „ROTE KARTE“ DEMONSTRATION

Der Auftakt des Aktionsplans ist keine rein gewerkschaftliche Aktion, sondern die „Rote Karte“-Demonstration gegen

den laufenden Völkermord in Gaza. Auch in dieser internationalen Frage – wie in den sozialen Angelegenheiten – zeigt die Arizona-Regierung ihre Doppelzüngigkeit und Komplizenschaft. Getreu ihrem historischen Engagement für Frieden, Menschenrechte und internationale Solidarität trug der FGTB-Block maßgeblich zum enormen Erfolg dieser Kundgebung mit fast 120.000 Menschen bei.

24. SEPTEMBER: DEMONSTRATION FÜR QUALITATIVE ARBEIT- SPLÄTZE

10.000 Menschen folgten dem Aufruf der wallonischen FGTB und der gemeinsamen Front und gingen in Namur auf die Straße, um die unsozialen Maßnahmen der Azur-Regierung anzuprangern – einer Politik, die der der Arizona-Regierung in nichts nachsteht. Ob Gewerkschafter, Jugendliche oder in Vereinen zusammengeschlossene Mitglieder: Wir kamen in Massen zusammen gegen eine Sparpolitik, die zum System erhoben wurde und immer dieselben trifft – mit willkürlichen Subventionsstreichungen, Angriffen auf den öffentlichen Dienst, der Kommerzialisierung der Arbeit, Kitas und Pflegeheime sowie einer zutiefst ungerechten Steuerpolitik. Die Reform der Aide à la promotion de l'emploi (APE, etwa

„Beschäftigungsförderungsbeihilfe“) ist besonders perfide, wenn man bedenkt, dass über dieses System 72.000 Stellen in essenziellen Bereichen wie Schulen, Krankenhäusern oder der häuslichen Pflege finanziert werden. Genauso führt der Ausschluss von Arbeitslosen nach zwei Jahren nur zu noch mehr Ausgrenzung. Zehntausende Menschen stehen vor einer Zukunft ohne jegliche Perspektive.

Darum dürfen wir keinen Schritt weichen: Wir müssen diesen Unglücksregierungen ins Auge sehen, ihnen zeigen, dass wir keine Angst haben, und uns Respekt verschaffen! Dieser kämpferische Ansatz wird sich wie ein roter Faden durch unseren gesamten Aktionsplan ziehen – und den heißen Herbst prägen, den wir angekündigt hatten.

5. OKTOBER: KLIMAMARSCH

Organisiert von der Klimakoalition, deren Mitglied die FG TB ist, zogen rund 30.000 Menschen in Brüssel für Klimagerechtigkeit auf die Straße. Auch hier fehlt der föderalen Regierung jede Ambition – oder anders gesagt: Ihre Untätigkeit kaschiert nur schlecht eine Politik, die vollständig im Dienste multinationaler Konzerne steht. Die FG TB erinnert daran, dass öffentliche Gelder nicht länger die großen Umweltverschmutzer subventionieren dürfen, sondern dorthin gehören, wo sie gebraucht werden: erneuerbare Energien, bezahlbarer Wohnraum, barrierefreie öffentliche Verkehrsmittel, würdige Jobs, Gesundheit und sozialer Schutz. Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit sind untrennbar – politische Entscheidungen müssen diese Realität widerspiegeln.

14. OKTOBER: SOZIALER BLITZSCHLAG: ARIZONA? NEIN DANKE!

Sozialer Blitzschlag! So etwas gab es seit 30 Jahren nicht mehr: Zwischen 140.000 und 200.000 Demonstrierende machten unübersehbar klar, dass sie die Politik der De-Wever- und Bouchez-Regierung ablehnen. Dass sich so viele Menschen der geschlossenen Front des Protests anschlossen, verdanken wir auch dem vorbildlichen Einsatz der Eisenbahner. Durch ihren unermüdlichen Einsatz ermöglichten sie Tausenden, mit Zügen und Sonderkonvois sicher nach Brüssel zu gelangen – und Stunden später ebenso unversehrt zurück. Und mit ihnen kehrten auch neues Vertrauen und ein geschärftes Bewusstsein für unsere eigene Stärke heim – gegenüber der schlimmsten Regierung, die dieses Land je erlebt hat.

Mehr denn je ist Arizona eine Wüste! Angesichts der beeindruckenden Menschenmenge, die gekommen war, um gegen ihre Maßnahmen zu protestieren, wusste die Regierung nur mit Verachtung zu antworten – zum einen, indem sie die Mobilisierungskraft auf den Straßen Brüssels auf 80.000 Menschen herunterspielte und zum anderen dadurch, dass sie sich herausnahm zu sagen, sie arbeite weiterhin „für die 5 Millionen Menschen, die am 14. Oktober gearbeitet



haben“. Doch diese Schaumschlägerei täuscht niemanden. Im Gegenteil, sie stärkt die Entschlossenheit der Tausenden und Abertausenden von Gewerkschaftern, Frauen, jungen Menschen, Aktivisten aus Vereinigungen und Bürgern, die gekommen waren, um zu bekräftigen, dass Alternativen zur blinden Austerität möglich sind und dass eine andere Gesellschaft als jene der Misere und der sicherheitsgetriebenen Abschottung existiert! Dieser 14. Oktober war ein sozialer Blitzschlag. Der Sturm grollte über der Arizona-Wüste. Rund um die Gewerkschaften setzten sich Blöcke von jungen Menschen, Rentnern, Studierenden, Kulturschaffenden, Lehrkräften, Pflegekräften und Aktivisten aller Couleur in Bewegung. Die Aufrufe, sich dem Protest anzuschließen, hatten sich von überall her vervielfacht. Die Zivilgesellschaft hat sich organisiert. Viele Demonstrierende haben den Anfang des Zuges nie gesehen – stundenlang ging es keinen Schritt vorwärts. Alle sind sich einig: So etwas gab es noch nie! Man fühlte sich wie von der Welle getragen, doch in Wahrheit handelte es sich um einen Tsunami! [Sie kamen aus allen Regionen des Landes](#), um die soziale Zerstörung durch die Arizona-Regierung aufzuhalten. Um eine klare Antwort auf die Politik der Verachtung zu geben, die seit Monaten auf die Arbeitswelt niedergeht. Arizona? Nicht mit uns!

Es ist unser Solidaritätssystem, das sie stört. „Sie sagen einer erschöpften Krankenschwester oder einem kaputten Arbeiter im Grunde: ‚Dein Schmerz ist uns egal.‘ Eine Gesellschaft, die Schwäche ignoriert, ist eine Gesellschaft, die ihre Menschlichkeit verliert“, betonte Thierry Bodson, der bei dem, was wohl seine letzte Demonstration als FG TB-Vorsitzender



war, großen Applaus erhielt. Dieser Tag war ein Moment des Zusammenkommens von Bürgern und Gewerkschaftsbewegung. Ein einziger Kampf, der alle vereint, die nicht zusehen wollen, wie Belgien in ein Gesellschaftsmodell abrutscht, in dem Solidarität zu einem leeren Wort wird.

23., 24., 25. UND 26. NOVEMBER: DER NOVEMBERAUFRUF

Es stand nie zur Debatte, die Demonstration vom 14. Oktober ohne Konsequenzen zu lassen – doch ihr überwältigender Erfolg hat die Bewegung nur zusätzlich befeuert und weiter erstarben lassen. Bereits in ihrem Bundesausschuss vom 25. September kündigte die CGSP an, dass nicht nur ihr Eisenbahner-Sektor einen dreitägigen Streik am 24., 25. und 26. November plane, sondern dass sie selbst einen Generalstreik aller öffentlichen Dienste des Landes am 25. November ausrufen werde. Der Eisenbahn-Sektor wurde zudem sofort von den Sektoren TBM, Admi, AMiO und Post unterstützt, die ebenfalls drei aufeinanderfolgende Streiktage beschlossen. Der Bildungssektor sollte hingegen am 10. November streiken.

Auch die FGTB blieb nicht untätig: In ihrem Föderalkomitee vom 21. Oktober schloss sie sich dem Aufruf zu einem Generalstreik an und fügte ihrem Aktionsplan zwei weitere Termine hinzu. Die Entschlossenheit der Delegierten aus allen drei Regionen des Landes ist umso größer, als wir trotz der historischen Mobilisierung am 14. Oktober vom Arizona-Lager nur Verachtung und Arroganz als kategorische Ablehnung unserer legitimen Forderungen erhalten haben. Schlimmer noch: De Wever und Bouchez kündigten an, weitere 10 Milliarden Euro einzusparen und schlugen zusätzlich einen Indexsprung, weitere Pensionskürzungen und eine Anhebung der Mehrwertsteuer an.

Und das kommt noch zu den bisherigen Maßnahmen zum Abbau der Sozialversicherung und des Arbeitsmarktes hinzu. Das Chaos rund um die Pensionsreform ist inzwischen enorm. Mehr als die Hälfte der Frauen in unserem Land wird insbesondere vom Rentenmalus betroffen sein. Genau deshalb wird der zweite Aktionstag angesetzt. Wir beteiligen uns am Streik der Frauen, der im Rahmen der Mirabal-Kundgebung am Sonntag, den 23. November stattfindet, ganz im Zeichen des Kampfes gegen Gewalt an Frauen. Die wirtschaftliche Gewalt, die die Arizona-Regierung ausübt, rechtfertigt diese Entscheidung in höchstem Maße.

DER SOZIALE WIDERSTAND ORGANISIERT SICH

Sonntag, 23.11.: Streik und Mirabal-Kundgebung gegen Gewalt an Frauen.

Montag, 24.11.: Dreitägiger Streik der Eisenbahner, des öffentlichen Nahverkehrs und der Verwaltungen.

Dienstag, 25/11: Streik aller öffentlichen Dienste

Mittwoch, 26.11: Generalstreik der FGTB.

Vier aufeinanderfolgende Streiktage! Dieser Moment ist historisch. Und wir müssen betonen – das ist sehr wichtig –, dass das gesamte Land, der Norden, das Zentrum und der Süden, stillsteht und dass die gemeinsame Front mit CSC und CGSLB geschlossen ist.

EINE ANDERE POLITIK IST MÖGLICH

De Wever und Bouchez wiederholen gerne, es gebe keine Alternativen zu dieser Austerität. Wenn man die Sozialversicherung retten und die zukünftigen Generationen schützen wolle, müsse man die heutigen opfern. Nichts ist falscher!

Diese Einsparungen sind umso unnötiger, als sie einzig dazu dienen sollen, Kampfflugzeuge zu kaufen! Sie sind umso skandalöser, als sie die wohlhabenden Gesellschaftsschichten völlig verschonen! Und sie sind umso rechtswidriger, als sie den Grundprinzipien unserer Verfassung widersprechen. Es geht Arizona nicht darum, Defizite abzubauen, sondern die Privatisierung der Sozialversicherung und der öffentlichen Dienste voranzutreiben.

Unsere Vorschläge sind fundiert, methodisch und haben sich bewährt. Sie beruhen auf der Umverteilung des Reichtums zugunsten aller – und nicht auf dessen Anhäufung zum alleinigen Vorteil der ohnehin schon Reichen. Sie gründen auf dem, was den Wert unseres Sozialmodells ausmacht: Rechtsstaat, Steuergerechtigkeit, Tarifverhandlungen.

Die Arizona-Regierung ist nicht so stabil, wie sie vorgibt. Der Erfolg der Demonstration vom 14. Oktober und die beispiellose Mobilisierung, die wir ihr entgegensetzen, lassen das Podest dieser Unglückskoalition wanken. Der Maßnahmen zum Sozialabbau sind noch nicht verabschiedet – vermutlich werden sie das um den 18. Dezember herum. Wir haben noch Zeit, sie aufzuhalten!

Auch der Winter wird heiß! Mit dem Novemberruf hat die gemeinsame Front der Gewerkschaftsorganisationen bereits angekündigt, den Kampf im Dezember fortzusetzen. Sie können sich darauf verlassen: Wir werden nicht ruhen, bis diese Maßnahmen zurückgezogen sind. Mehr noch: Wir werden nicht ruhen, bis diese Regierung fällt, zerbricht, verschwindet – und mit ihr die geplante Zerstörung unseres gesamten Sozialsystems.



DIE WAHRHEIT ÜBER DIE ANGRIFFE AUF UNSERE BEAMTENPENSIONEN

Bereits seit den „Supernoten“ des Regierungsbildners De Wever – und lange vor dem Koalitionsvertrag der sogenannten Arizona-Regierung – hat die CGSP das Ausmaß der Angriffe gegen Arbeitnehmer im Allgemeinen und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Besonderen klar erkannt. Insbesondere die Pensionssysteme stehen im Fadenkreuz. Während die Gesetzestexte, die unsere Pensionen regelrecht zerhacken, am 25. November ins Parlament eingebracht wurden und vielleicht um den 18. Dezember herum zur Abstimmung kommen werden, zieht Tribüne eine Bilanz der Reform der Pensionen im öffentlichen Dienst.



Zur Erinnerung: Die liberal-nationalistische Arizona-Regierung hat Sparmaßnahmen auf allen Ebenen verordnet und fordert für diese Amtszeit Einsparungen von mehr als 23 Milliarden Euro. Das ist keine Schlankheitskur mehr, sondern eine wahre Katastrophe, die dem öffentlichen Dienst all seine Besonderheiten raubt! Die Verlängerung der Laufbahnen, ohne jede Anerkennung harter Arbeit, ohne die Möglichkeit eines vorzeitigen Ruhestands, die Abschaffung des Beamtenstatuts und die Absenkung der Pensionsbeträge zerstören buchstäblich den Sozialpakt, auf dem der soziale Frieden in unserem Land aufgebaut wurde

AUF DEM WEG ZU EINEM EINHEITLICHEN PENSIONSSYSTEM FÜR ALLE ARBEITNEHMER

Die Pensionsreform zielt darauf ab, die drei Systeme (Arbeitnehmer, Beamte und Selbstständige) zu einem einzigen zusammenzuführen. Die wichtigsten Angleichungen betreffen die Berechnung der Mindestpension und die Bedingungen für die Frühpension. Bei der Berechnung der Pensionshöhe soll das System der Beamten auf das deutlich schlechtere System des Privatsektors „angepasst“, also heruntergeschraubt werden, indem die gesamte Laufbahn berücksichtigt wird. Das gesetzliche Pensionsalter und die Regeln für den neuen Pensionsbonus und -malus gelten künftig für alle Arbeitnehmer.

Das gesetzliche Pensionsalter ist das Alter, ab dem jeder Arbeitnehmer unabhängig von der Anzahl der Berufsjahre und ohne finanzielle Einbußen in Pension gehen kann. Für Personen, die 1964 und später geboren wurden, liegt es bei 67 Jahren. Der NVA-Pensionsminister Jan Jambon führt hier drei wesentliche Änderungen ein.

Erstens: ein Pensionsmalus für jene Arbeitnehmer, die vor dem gesetzlichen Pensionsalter in den Ruhestand gehen. Das heißt 2, 4 oder gar 5% pro Jahr, das vorgezogen wird. Nur die Arbeitnehmer, die die doppelte Bedingung von 35 „tatsächlich gearbeiteten Jahren“ (mit mindestens 156 gearbeiteten Tagen pro Jahr) und 7020 tatsächlichen Arbeitstagen (durchschnittlich 45 Jahre in Halbzeit) erfüllen, können überhaupt noch ohne Malus in den vorzeitigen Ruhestand gehen. Ein Beispiel: Eine Person, geboren 1966, die mit 62 in den Vorruhestand geht – also fünf Jahre vor dem gesetzlichen Pensionsalter –, verliert einen Malus von 20 % (5 x 4 %). Das bedeutet: Ihre Pension ist lebenslang um 20 % gekürzt!

Der FGTB hat auf der Grundlage des Berichts des Föderalen Pensionsdienstes berechnet, dass dieser Malus mehr als 30 % aller Beschäftigten negativ trifft, darunter über 70 % Frauen, die im Schnitt 318 € pro Monat verlieren. Diese Regierung ist eine Armutsschmiede!



Zweitens wird die Dauer der Arbeitsleistungen, die erforderlich ist, damit ein Jahr für die vorzeitige Pension angerechnet wird, verändert. Heute reichen 104 gearbeitete oder gleichgestellte Tage (4 Monate Vollzeitäquivalent). Ab 2027 werden 156 solcher Tage nötig sein (6 Monate Vollzeitäquivalent). Wichtig: Diese neue Definition gilt auch rückwirkend für vergangene Berufsjahre. Die Beschäftigten erleben also Regeländerungen mitten im Spiel!

Drittens wird ab 2027 die Frühpensionierung auch mit 60 Jahren möglich sein – aber nur nach 42 Laufbahnjahren mit in jedem Jahr mindestens 234 tatsächlich gearbeiteten Tagen (9 Monate Vollzeitäquivalent). Zeitweilige Arbeitslosigkeit wird hierbei mit einem tatsächlich gearbeiteten Tag gleichgestellt. Mutterschaftsurlaub, Geburtsurlaub oder Elternurlaub zählen nicht mehr – genauso wenig wie der obligatorische Militärdienst. Diese Bedingung von 234 Tagen ist für viele von uns faktisch unerreichbar – und Frauen werden sie nahezu nie erfüllen können!

Neben diesen „Reformen“, die für alle drei Pensionssysteme gelten, plant Minister Jambon noch weitere spezifische Maßnahmen für den öffentlichen Dienst, die wir in diesem Dossier genauer analysieren.

Im Bereich der Beamtenpensionen hat die Arizona-Regierung bereits mit ihrem „Osterabkommen“ die Begrenzung der Indexierung der Pensionen und die Abschaffung des Pensionsbonus durchgesetzt, der von der damaligen Pensionsministerin Lalieux beschlossen worden war. Schon diese beiden Maßnahmen stellen einen massiven Vertragsbruch gegenüber den Rentnern dar und werden unweigerlich zu Unverständnis und Verwirrung in der Bevölkerung führen.

ANALYSE DER LAUFENDEN MASSNAHMEN

Abschaffung der Regelung mit bevorzugtem Eintrittsalter

Das besondere Pensionsalter für Militärangehörige (je nach Rang, in den meisten Fällen 56 Jahre) und SNCB-Lokführer und -Zugbegleiter (unter strengen Bedingungen ab 55 Jahren) verschwindet schlicht und einfach! Ab dem 1. Februar 2027 gelten für sie exakt dasselbe gesetzliche Pensionsalter (66 Jahre, ab 2030 dann 67 Jahre) und die gleichen Bedingungen für eine vorzeitige Pension wie im allgemeinen System (60 Jahre und 44 Laufbahnjahre; 61 oder 62 Jahre und 43 Laufbahnjahre; 63 Jahre und 42 Laufbahnjahre).

Übergangsmaßnahmen sind nur vorgesehen, wenn die betroffene Person bis spätestens 2030 das Alter von 59 Jahren erreicht. Für das Militärpersonal gibt es zwar ebenfalls Übergangsmaßnahmen, diese sind jedoch äußerst unzureichend (für Militärpersonen, die 1976 oder später geboren sind, ist gar nichts vorgesehen).

Verlängerter Berechnungszeitraum des Referenzgehalts

Die Berechnung der Pensionshöhe für Föderalbeamte erfolgt ab dem 1. Januar 2027 schrittweise auf Grundlage der gesamten Laufbahn – und nicht mehr der letzten 4 oder 10 Jahre. Die Folge: Ihre Pension wird um 10 bis 15 % sinken!

Streichung der vorteilhafteren Verhältnissätze

Für ernannte Beamte mit einem vorteilhafteren Laufbahnbruch (ein anderer Verhältnissatz als 1/60) entfällt der „Erhöhungskoeffizient“. Das bedeutet, dass sie etwa zwei Jahre länger arbeiten müssen. Ein vorteilhafterer Verhältnissatz zur Pensionsberechnung bleibt lediglich für Dienste erhalten, die vor dem 1. Januar 2027 geleistet wurden. Auch wenn die vorteilhafteren Tantieme abgeschafft werden, wird ein (allerdings auf 1,025 reduzierter) Erhöhungskoeffizient für bestimmte Personalkategorien bestehen, die damit einen geringen Vorteil für die vorzeitige Pension behalten. Dazu gehören: Lehrpersonal (Kindergarten, Primar- und Sekundarschule), Personal in aktiven Diensten (im engeren Sinne), Berufsfeuerwehrleute, die unmittelbar an der Brandbekämpfung beteiligt sind, und Mitglieder des Einsatzkaders der Polizei (Polizeibeamte oder Polizisten).

Verringerung der annehmbaren Dienstjahre

Die Anrechnung von sogenannten „gleichgestellten Zeiträumen“ – das heißt Perioden, in denen die betroffene Person nicht tatsächlich gearbeitet hat – wird begrenzt. Ab 2027 werden gleichgestellte Zeiträume, die mehr als 40 % der Laufbahn ausmachen, nicht mehr in der Pensionsberechnung von Arbeitnehmern und Selbstständigen berücksichtigt. Dieser 40 %-Grenzwert sinkt jedes Jahr, bis er 2031 nur noch 20 % beträgt. Ernannte Beamte kennen diese Einschränkung bereits (Laufbahnkredit). Auch wenn die 20%-Grenze für Vertragsbedienstete noch nicht dem geschäftsführenden Ausschuss des Föderalen Pensionsdienstes vorgelegt wurde, ist das

Ziel klar: eine drastische Einschränkung dieser gleichgestellten Zeiträume bei der Pensionsberechnung. Wichtig: Die 20%-Obergrenze gilt ebenfalls rückwirkend für vergangene Berufsjahre. Ein weiteres Mal werden also die Spielregeln mitten im Match geändert.

Für das Pensionssystem der Beamten gilt ab dem 1. Januar 2026: Alle unbezahlten, aber mit der Arbeit gleichgestellten Abwesenheiten werden nicht mehr berücksichtigt – außer jenen, die ausdrücklich im Gesetz genannt sind. Ausnahmen bleiben, zum Beispiel die Betreuung eines Kindes unter 13 Jahren, die Betreuung eines Kindes mit Behinderung im selben Haushalt und die Pflege eines schwerkranken Familienmitglieds. Doch selbst hier wird ein neuer Höchstwert eingeführt, der diese Gleichstellungen aus Pflege- und Ausbildungsgründen auf 24 Monate (Vollzeit) begrenzt.

Die folgenden unbezahlten, aber mit Dienstzeit gleichgestellten Fehlzeiten bleiben weiterhin zulässig:

- Unterbrechungen der beruflichen Tätigkeit im Rahmen eines auf föderaler Ebene anerkannten Pflegeurlaubs, für den das LfA eine Geldleistung zahlt (Palliativpflege, Elternurlaub, medizinischer Beistand, Urlaub für pflegende Angehörige, Pflegeelternurlaub);
- gleichgestellte unbezahlte Abwesenheiten wegen Pflege oder Ausbildung gemäß dem für die Arbeitsstelle geltenden Statut;
- teilweise Laufbahnunterbrechung ab 60 Jahren (unter bestimmten Bedingungen);
- Urlaub für Aufgaben von öffentlichem Interesse;
- Praktikumsurlaub (insbesondere für HR-rail);
- politischer Urlaub;
- Gewerkschaftsurlaub;
- Arbeitsunterbrechungen;
- Untersuchungshaft (solange keine Verurteilung vorliegt).

Urlaube (oder Disponibilitäten) unmittelbar vor der Pension werden nur noch für 24 Kalendermonate berücksichtigt (bisher bis zu 5 Jahre!). Dabei waren diese Urlaube gerade eingeführt worden, um die Belastung dieser Berufe abzufedern...

Laufbahnunterbrechungen ohne besonderen Grund werden ab dem 1. Januar 2026 gar nicht mehr berücksichtigt. Teilzeitbeschäftigung am Laufbahnende zählt nur, wenn sie ab 60 Jahren und in Teilzeit genommen wird, einen LfA-Leistungsanspruch auslöst und mit der Zahlung eines sogenannten Validierungsbetrags von 7,5 % einhergeht!

Abschaffung der Pensionsangleichung

Zuvor wurden die Ruhestands- und Hinterbliebenenpensionen der Beamten alle zwei Jahre gemäß der Lohnentwicklung der erwerbstätigen Beschäftigten und je nach Tätigkeitsbereich angepasst (Angleichungsgruppen). Dieses System wird ab dem 1. Januar 2026 abgeschafft, um die Pensionen des öffentlichen Dienstes in das für das Arbeitnehmerregime übliche Wohlstandspaket einzugliedern. Leider hat die Arizona-Regierung dieses Paket bereits bis zum Ende der Legislatur ausgesetzt...

Abschaffung der Pension wegen körperlicher Untauglichkeit

Der Pensionsminister will ab dem 1. Januar 2026 keinen neuen Zugang mehr zum Pensionssystem wegen körperlicher Untauglichkeit zulassen. Anstelle des von der vorherigen Pensionsministerin organisierten Systems (in dem Beamte mit vorübergehender Arbeitsunfähigkeit nach medizinischer Neubewertung wieder in ihre Verwaltung eingegliedert werden konnten) setzt das neue System auf ein simples Rezept: „Untauglich? Dann entlassen!“ Die finanzielle Last wird dadurch brutal auf die Sozialversicherung abgewälzt. Föderalbeamte erhalten künftig eine Invaliditäts- und Arbeitsunfähigkeitsversicherung wie im privaten Sektor. Diese Gleichstellung bedeutet auch: Keine Möglichkeit mehr, Krankheitstage anzuspargen.

EINE DER LETZTEN SÄULEN DES BEAMTENSTATUTS VERSCHWINDET

Die Reform greift massiv in das Pensionssystem des öffentlichen Sektors ein, ohne die Pensionen der Arbeitnehmer zu verbessern. Das angebliche Ziel einer „Harmonisierung“ dient einzig dazu, die Rechte der einen zu kürzen, ohne die der anderen zu erhöhen. Es zählte allein der rein budgetäre Ansatz! Das ist eine politische, ja geradezu ideologische Entscheidung, denn es hätte zahlreiche andere Möglichkeiten gegeben – aber all unsere Vorschläge wurden von der Regierung mit einer einzigen Handbewegung vom Tisch gewischt, während sie ihre eigenen Grenzen und Ziele schlicht durchgedrückt hat. **Eine der letzten Säulen des Beamtenstatuts verschwindet somit allmählich...**

Inzwischen ist klar, dass all diese Reformen weder das Defizit verringern noch die öffentlichen Finanzen verbessern werden. Allenfalls erlaubt das Zerschlagen der Pensionen das Einlösen des absurden Versprechens, Donald Trumps Militärarsenal zu kaufen. Ist das den Preis wert? Die Antwort kennen wir längst! Diese Reform ist ein Spiel, bei dem es nur Verlierer gibt: Längere Laufbahnen werden mit durchschnittlich niedrigeren Pensionen quittiert. Kurzfristig sind rund 30



% der Beschäftigten negativ betroffen. Sie verlieren im Schnitt mehr als 300 Euro pro Monat – ein Viertel ihrer Pension, ein regelrechter Keulenschlag. Tatsächlich fallen ihre Pensionen weit unter die europäische Armutsgrenze: im Durchschnitt von 1.390 € auf 1.072 € pro Monat.

Die Jambon-Reform trifft vor allem Frauen. Sieben von zehn Betroffenen sind Arbeitnehmerinnen. Auch die niedrigsten Pensionen werden schwer getroffen: Unter den 20 % der niedrigsten Pensionen sinkt bei vier von zehn die Auszahlung. Wer keine durchgehende Vollzeitkarriere ohne Unterbrechungen oder Schicksalsschläge vorweisen kann, zahlt den Preis. So befinden sich 44 % derjenigen, die vom vorgezogenen Ruhestand betroffen sind, in (langfristiger) Arbeitsunfähigkeit. Und die Pensionskürzung ist nicht allein dem „Jambon-Malus“ geschuldet: Selbst jene, die bis zum gesetzlichen Pensionsalter durchhalten, verlieren deutlich. Die künftige „Obergrenze von 20 % der Gleichstellungen“ hat ein hohes Schadenspotenzial.

ZIEL IST NICHT, DIE PENSIONEN ZU RETTEN, SONDERN SIE ZU ZERTRÜMMERN!

Die Regierung behauptet, die „tatsächliche Arbeit aufwerten“ zu wollen, doch in der Praxis bestraft sie auch lange Karrieren: Beschäftigte, die trotz vieler Vollzeitjahre wegen Krankheit nicht die erforderlichen 35 Jahre erreichen (um vom Malus ausgenommen zu sein); ebenso wie Personen in schrittweiser Wiedereingliederung oder mit einem garantierten Einkommen, die Teilzeit und Unterstützung kombinieren. Einige Berufsgruppen wie Künstler oder Tagesmütter drohen aufgrund ihres besonderen Statuts völlig durchs Raster zu fallen.

Hervorzuheben ist die Inkohärenz der Argumente dieser Arizona-Regierung, die behauptet, all diese Maßnahmen seien budgetär notwendig, um die Zukunftsfähigkeit des Systems zu sichern.

Die Heuchelei erreicht ihren Höhepunkt, wenn man bedenkt, dass durch Eingriffe in die Finanzierung der sozialen Sicherheit gleichzeitig die Tragfähigkeit der Pensionen untergraben wird. Die Regierung behauptet, im Interesse der „künftigen Generationen“ zu handeln – doch das Einzige, dessen diese sich sicher sein können, ist eine noch niedrigere Pension. Schon heute liegt eine Pension im Durchschnitt bei lediglich 48 % des letzten Gehalts – Belgien befindet sich damit deutlich unter dem EU-Durchschnitt.

Mit den Arizona-Maßnahmen sinkt diese Ersatzrate bis 2070 um 9 %. Der Studienausschuss für Vergreisung hat diesen Sommer die Regierungsmaßnahmen untersucht: Beamte verlieren 12 % ihrer Pension – selbst dann, wenn sie länger arbeiten. Die Gesamtheit der Beschäftigten verliert 9 %. Wer nicht länger arbeiten kann und vor 67 gehen muss, verliert noch weit mehr. Diese Erpressung mit der Zukunft dient offenkundig dazu, teure private Zusatzpensionen zu fördern. Deshalb ist das Ziel der Jambon-Reform nicht, die Pensionen zu retten, sondern sie zu zertrümmern.



Die Reaktion der CGSP ist nicht nur gewerkschaftlich: Sie nutzt alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, um diese Reform zu bekämpfen, und wird keinen rechtlichen Schritt scheuen. Denn diese Reform, die unser soziales Modell zerstört, ist schlecht durchdacht und schlecht konstruiert. Neben der faktischen Unmöglichkeit für die zuständigen Verwaltungen, die neuen Maßnahmen rechtzeitig umzusetzen, müssen die juristischen Probleme hervorgehoben werden, die durch die rückwirkende Reduzierung von gleichgestellten Zeiträumen aus vergangenen Laufbahnjahren entstehen. Werden die Regeln mitten im Spiel geändert, dann stehen die Bürger vor völlig unvorhersehbaren Konsequenzen und können ihre Laufbahn kurz vor der Pension nicht mehr anpassen. Die Pensionspläne von Minister Jambon verstoßen somit gegen das Prinzip der Rechtssicherheit. Ebenso birgt die besondere Auswirkung dieser Reform auf Frauen das sehr reale Risiko direkter oder indirekter Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.

Deshalb ist unsere Entschlossenheit – mehr denn je nach der großen Demonstration vom 14. Oktober und den historischen Streiktagen, an denen wir uns diesem Regierungskurs mit Stolz entgegengestellt haben – ungebrochen. Wir kämpfen für ein Pensionssystem, das sich seit 80 Jahren bewährt hat und ein tragender Pfeiler der Solidarität unter den Arbeitnehmern ist. Wir werden niemals akzeptieren, dass die unsozialste Regierung, die dieses Land je gesehen hat, zerstört, was Generationen von Beschäftigten geduldig aufgebaut haben!

DIE (FETTEN) LÜGEN DER RECHTEN PARTEIEN

Die Haushaltslage des Landes ist besorgniserregend, und ohne Reformen werden die Defizite hoch bleiben, vor allem angesichts der schlechten Wirtschaftslage. Aber deshalb zu behaupten, Belgien stehe kurz vor dem Bankrott und Haushaltskürzungen seien unvermeidlich, ist ein Schritt, den die liberalen Regierungen ohne jeden Skrupel unternehmen, um unsere sozialen Errungenschaften anzugreifen. Dabei fußt diese Argumentation auf einer Reihe von Lügen und Unwahrheiten, die unbedingt entlarvt werden müssen.

„Ein Staat kann nicht mehr ausgeben, als er einnimmt“

Auch wenn die Finanzierung staatlicher, politischer Vorhaben ohne Neuverschuldung immer die bessere Option darstellt, ist die Staatsverschuldung für die öffentliche Hand nach wie vor ein wichtiges Instrument. Sie ermöglicht die Finanzierung großer Projekte von kollektivem Nutzen, Investitionen in öffentliche Dienstleistungen oder die Stützung der Wirtschaft während einer Rezession.

Schulden sind also nicht per se schlecht. Dass ein Staat Schulden macht, ist völlig normal. Die eigentliche Frage ist nicht, wie man ohne Staatsverschuldung leben kann, sondern wie man den Verschuldungsprozess legitim und demokratisch gestalten kann. Wie verschuldet man sich? Bei wem? Zu welchen Bedingungen? Und zu welchen Zwecken? Das sind die Fragen, die in der öffentlichen Debatte gestellt werden sollten.

Schulden sind eine Belastung für künftige Generationen“

„Schulden zu machen bedeutet, unseren Kindern zu sagen, dass sie für unseren Lebensstil zahlen werden müssen. ... Jedes Kind, das heute in Wallonien zur Welt kommt, hat aufgrund unserer Lebensweise 50.000 Euro Schulden.“¹

Diese Argumentation, die seit Jahren gebetsmühlenartig wiederholt wird, basiert auf einem vereinfachten Kalkül (Gesamtverschuldung geteilt durch Einwohnerzahl). Sie ist aus drei Gründen unzutreffend.

Erstens wird dabei vergessen, dass der Staat auch Vermögenswerte besitzt: Finanzanlagen, aber vor allem ein umfangreiches kollektives Vermögen – Schulen, Krankenhäuser, Infrastrukturen usw. Der Wert dieser Vermögenswerte übersteigt den Wert der Schulden. Jeder Belgier wird also nicht mit Schulden geboren, sondern mit einem gemeinsamen Vermögen, das an die nächsten Generationen weitergegeben wird.

Zweitens kommt es bei der Staatsverschuldung weniger auf das Kapital (die geliehenen Beträge) als vielmehr auf die jährlich gezahlten Zinsen an. Diese werden aus den Steuern der heutigen Generationen finanziert und fließen zu 97 % an die großen Banken und Finanzinstitute, bei denen der Staat bei Fälligkeit der Schuld erneut Kredite aufnimmt. Die



Staatsverschuldung ist also keine Belastung für unsere Kinder, sondern ein politisches und soziales Problem, das die Kapitalbesitzer gegen den Rest der Bevölkerung ausspielt. Es handelt sich um einen Konflikt der sozialen Schichten, nicht zwischen Generationen.

Schließlich muss unermüdlich daran erinnert werden, dass staatliche Ausgaben kein Loch in den erwirtschafteten nationalen Reichtum reißen, sondern zur Schaffung von gegenwärtigem und zukünftigem sozialem und wirtschaftlichem Wohlbefinden beitragen.

„Belgien steht kurz vor dem Bankrott“

Die Haushaltslage Belgiens ist zwar besorgniserregend, aber Panikmache ist fehl am Platz.

Zwar sind die 10-Jahres-Zinssätze stark angestiegen (von 0 % im Jahr 2022 auf 3,3 % im Jahr 2025) und auch die Zinsaufwendungen nehmen zu (11 Milliarden im Jahr 2024 und voraussichtlich 18 Milliarden im Jahr 2030), doch bleiben die Gesamtkosten der Verschuldung moderat: etwa 2,3 % des BIP gegenüber 4 % im Jahr 2007.

Die belgische Verschuldung stieg von 98 % des BIP im Jahr 2019 auf 107 % im Jahr 2025 und könnte bis 2030 120 % erreichen. Es gibt jedoch keine Schwelle, ab der eine Verschuldung untragbar wird. Die von der EU festgelegte Obergrenze von 60 % ist rein willkürlich. Japan lebt mit einer Verschuldungsrate von 240 %, und Griechenland gilt heute mit einem Verschuldungsniveau von 150 % als „stabil“.

1. Aussage von Georges-Louis Bouchez während einer Konferenz im Oktober 2025

Darüber hinaus ist auch dieses Verhältnis von Verschuldung zum BIP kritikwürdig. Beispielsweise wird ein Darlehen für den Kauf eines Hauses über 15 oder 20 Jahre aufgenommen und glücklicherweise nicht auf ein einziges Jahresgehalt bezogen. Daher muss der Anteil der Rückzahlungen im Verhältnis zur gesamten Laufzeit der Schuld berechnet werden. In Belgien beträgt die durchschnittliche Laufzeit eines Schultitels etwa 10 Jahre. <https://www.debtagency.be/sites/default/files/content/download/files/rpt2023fr.pdf>. Unter diesen Umständen macht die Verschuldung keineswegs 107 % des Vermögens des Landes aus, sondern nur 10 % des in diesen zehn Jahren erwirtschafteten Vermögens. Es ist offensichtlich, dass die Panikmache in diesem Fall völlig unbegründet ist... Zwar haben die Ratingagenturen die Bonität Belgiens leicht herabgestuft (Fitch: von AA- auf A+ im Juni 2025), aber letztere bleibt dennoch ausgezeichnet (sie ist von 17/20 auf 16/20 gesunken). Vor allem aber stürzen sich die Märkte weiterhin auf belgische Staatsanleihen: Bei der Emission vom 5. September 2025 strebte das Land 2,7 Milliarden an, und die Investoren boten 7 Milliarden.

Kurz gesagt, die Lage ist ernst, aber Belgien steht nicht vor dem Bankrott. Daher gibt es keinen Grund, die sozialen Errungenschaften durch beispiellose unsoziale Maßnahmen anzugreifen.

„Das Problem sind übertrieben hohe Ausgaben“

Eine altbekannte Leier: Der Staat gibt zu viel Geld aus, insbesondere im Sozialbereich! Das ist falsch!

Der jüngste Anstieg der Verschuldung ist vor allem auf die Bankenrettungen (2008-2011), die COVID-Krise und die Energiekrise zurückzuführen, nicht auf übermäßige Sozialausgaben. Tatsächlich sind die öffentlichen Ausgaben in den letzten Jahren zurückgegangen: Sie machten 2013 55,9 % des BIP aus, gegenüber 53,3 % im Jahr 2023.

Das eigentliche Problem liegt bei den staatlichen Einnahmen. Seit Jahrzehnten senken die Regierungen die Steuern auf Kapital und Unternehmen. Der Körperschaftsteuersatz ist von 40 % im Jahr 1995 auf heute 25 % gesunken, während die Steuerreform jährlich etwa 5 Milliarden Euro kostet. Dem Institut Émile Vandervelde (https://www.iev.be/la_dette_publique_belge_100_pib) zufolge wäre der belgische Haushalt nahezu ausgeglichen, wenn das Einnahmenniveau von 2013 beibehalten worden wäre (53 % statt derzeit 50 %). Das ist der Ursprung der Verschuldung: eine Krise der Einnahmen, nicht der Ausgaben.

„Die öffentlichen Ausgaben müssen gekürzt werden, um das Defizit zu reduzieren.“

Oft hört man: „Wenn die Verschuldung steigt, liegt das daran, dass die Ausgaben zu hoch sind. Sie müssen reduziert werden, um unsere Finanzen zu sanieren. So geht pflichtgemäße Verwaltung, es ist eine Frage des gesunden Menschenverstands“. Nichts ist falscher als das.

Denn ein Staat ist kein Haushalt. Einerseits kann er zwar auf seine Ausgaben Einfluss nehmen, aber auch auf seine Einnahmen, insbesondere über die Besteuerung, was ein

Haushalt nicht kann. Andererseits führt eine Senkung der öffentlichen Ausgaben nicht automatisch zu einer Verringerung des Defizits. Oft ist sogar das Gegenteil der Fall. Denn insbesondere die Kürzung von Sozialleistungen führt zu einem Rückgang der Kaufkraft, also des Konsums, und somit auch der Mehrwertsteuereinnahmen.

Die Wirtschaftstätigkeit verlangsamt sich, die Steuereinnahmen sinken und die Arbeitslosigkeit steigt, was zu höheren Ausgaben führt. Das Ergebnis: Das Defizit und die Verschuldung verschärfen sich. Es ist ein Teufelskreis!

Umgekehrt kann eine Erhöhung der Ausgaben, auch wenn dies kontraintuitiv erscheint, zur Verringerung der Defizite beitragen, da sie insbesondere in einer Rezession oder Krise als wirtschaftliche Triebfeder und wie ein sozialer Stoßdämpfer wirkt.

Das Scheitern der Sparpolitik ist bekannt und seit Jahrzehnten zu beobachten. Nehmen wir das aktuelle Beispiel Finnland. Seit Juni 2023 hat die rechtsgerichtete und rechtsextreme Mehrheit dort die Senkung der öffentlichen Ausgaben zu ihrer Priorität gemacht. Das Ergebnis: Die Arbeitslosigkeit stieg von 7,9 % im Jahr 2024 auf 9,3 % im Jahr 2025; 110.000 Menschen zusätzlich leben nun unterhalb der Armutsgrenze. Und die Verschuldung stieg von 75 % des BIP im Jahr 2023 auf 86 % im Jahr 2025. Dessen ungeachtet halten unsere Politiker an genau diesem Kurs fest.

Fazit: Die liberalen Regierungen wollen die Verschuldung nicht reduzieren

Obwohl sie immer wieder betonen, dass das Absenken der Verschuldung Priorität habe, stellen wir fest, dass dies nicht der Fall ist.

Wenn sie die Schulden wirklich reduzieren wollten, würden sie keine Sparpolitik betreiben, die das Problem noch verschärft.

Wenn sie die Schulden wirklich reduzieren wollten, würden sie die Einnahmen nicht durch sozial ungerechte Maßnahmen verringern, wie die Reform der Registrierungsgebühren in Wallonien, die die Region 270 Millionen Euro kostet und nur den Eigentümern zugutekommt, deutlich veranschaulicht.

Wenn sie die Schulden wirklich reduzieren wollten, würden sie Maßnahmen ergreifen, um die Einnahmen deutlich zu steigern. Und entgegen den Behauptungen der Rechten gibt es Möglichkeiten und großen Handlungsspielraum: Erhöhung der Steuerprogression und Globalisierung der Einkommen (5 Milliarden), Einführung einer Vermögenssteuer (6 Milliarden), Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Finanzkriminalität (10 Milliarden), angemessene Besteuerung von Dividenden (1 Milliarde) usw.

Wenn sie die Schulden wirklich reduzieren wollten, würden sie sich ernsthaft mit der Umwelt- und Klimaproblematik befassen. Laut Planbüro (Bureau du Plan, <https://www.plan.be/fr/publication/le-rechauffement-climatique-pourrait-faire-perdre>) würde eine globale Erwärmung um 2 bis 3 °C bis 2050 mindestens 3 bis 5 % des BIP kosten, also zwischen 17 und 30 Milliarden Euro.

TAG DER DELEGIERTEN UND DER GEWERKSCHAFTLICHEN FREIHEITEN

Die Gruppe „Action“ der Regionalgruppe Charleroi organisierte am Mittwoch, den 19. November 2025, auf der Place d'Armes in Namur den 2. Tag des Kampfes für die Verteidigung von Gewerkschaftsdelegierten und -freiheiten. Nach dem großen Erfolg des Tages vom 19. November 2024 im CEME in Charleroi kamen mehr als 500 Teilnehmende zusammen, um an die schwierige Rolle von Gewerkschaftsvertretern zu erinnern und die Gewerkschaftsfreiheiten zu bekräftigen, die aufgrund der repressiven Maßnahmen seitens der liberalen Regierungen mehr denn je bedroht sind.



Während sich die Gewerkschaftsaktionen und die Kundgebungen zum Jahresende gehäuft haben, zeigt dieser Tag der Delegierten, wie wichtig eine starke Gewerkschaftsorganisation ist. Und das setzt bei einer Organisation wie die FGTB voraus, dass sie Delegierte und militante Mitglieder hat, auf die sie sich verlassen kann und denen die Solidarität im Blut liegt. Wie Philippe Barbion, Vorsitzender der wallonischen Interregionalen der CGSP und der Regionalen FGTB von Charleroi Süd Hennegau und Ausrichter dieses Tages betonte, stehen die Delegierten gegenüber den Arbeitgebern an vorderster Front.

Als Ansprechpartner in Sachen Wohlbefinden, Sicherheit und Arbeitsplatzqualität sind es ebenfalls die Delegierten, an die sich ihre Kollegen zuerst wenden, um informiert, geschützt und begleitet zu werden. In den letzten Jahren haben diese Gewerkschaftsdelegierten jedoch zunehmend Druck und manchmal sogar Erpressung seitens ihrer Vorgesetzten erfahren. Es reicht nicht, dass die Verteidigung von Arbeitnehmerrechten immer schwieriger wird, nein, die Regierungen legen noch eins drauf. Unter anderem durch verminderten gesetzlichen Schutz der Gewerkschaftsvertreter, oder auch durch Versuche, uns als die Randalierer während der Kundgebungen abzustempeln...

An diesem Tag hat Philippe Barbion das Engagement und die vorbildliche Solidarität derjenigen hervorheben, die die Gewerkschaftsbasis am Leben erhalten. Zusammen mit dem Kollegen Lillo Augelo hat er ein Lied komponiert: „La Chanson du délégué“ (Das Lied des Delegierten), ein Rap und eine Hommage an die FGTB-Militanten. Mit dem Erfolg

dieser zweiten Ausgabe des Delegiertentags scheint ein Schritt getan zu sein, der diese Form der Unterstützung in einem jährlichen nationalen Aktionstag zur Verteidigung unserer gewerkschaftlichen Freiheiten verankern dürfte.

DAS LIED DER DELEGIERTEN (FREI ÜBERSETZT)

„Willst du geschützt sein am Arbeitsplatz, werde Mitglied der FGTB.

Es gibt großartige, kompetente und immer verfügbare Delegierte.

Dein Arbeitgeber macht dir das Leben schwer? Keine Sorge, dein Delegierter ist immer für dich da.

Refrain: Delegierter zu sein macht glücklich und ist eine gute Schule fürs Leben.

Für den Arbeitnehmer ist er jederzeit eine wichtige Stütze.

Unsere Delegierten zu verteidigen, bedeutet auch, uns selbst zu verteidigen.

Die Delegierten zu unterstützen ist unsere Priorität und unsere Pflicht.

Unsere Ehrenkodex muss lauten: „Finger weg von meinen Delegierten oder unseren Gewerkschaftsfreiheiten!“.

Die FGTB wird immer da sein zum Schutz unserer Werte und derjenigen, die sie verteidigen.“

(Auszug. Das ganze Lied gibt es auf Spotify)

TAG DER DELEGierten

Am vergangenen 19. November hat in Namur die zweite Ausgabe des Tags der Delegierten und der gewerkschaftlichen Freiheiten stattgefunden. 300 Mitglieder folgten der Einladung und haben ihre Solidarität mit jenen zum Ausdruck gebracht, die sich täglich für die Rechte und Werte einsetzen. Zahlreiche ergriffen bei dieser Gelegenheit auch das Wort.

Verpasst? Alle Ansprachen befinden sich auf unserer Facebook live-Seite. Folgen Sie einfach diesem Link:
<https://www.facebook.com/irwcgsp/videos/627275070471974>

Die Kommunikationsabteilung des IRW CGSP.

